



An den Grossen Rat

13.5142.02

JSD/P135142
Basel, 8. Mai 2013

Regierungsratsbeschluss vom 7. Mai 2013

Interpellation Nr. 21 von Eduard Rutschmann betreffend „die Polizei der Armee (Mil Sich) als Sofortmassnahmen gegen die horrend steigenden Kriminalität in unserem Kanton“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. April 2013)

„Im Jahresbericht 2012 der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) konnte man entnehmen, dass Basel-Stadt eine enorme Zunahme an Straftaten zu verzeichnen hat. 23% mehr Straftaten als 2011. 27'052 Fälle, d. h. 5'000 mehr als im Jahre 2011. Unvorstellbare Zahlen. Wenn man bedenkt, dass gemäss Aussagen des Bundesrates 50% der Delikte nicht angezeigt werden, wurde 2012 die Bevölkerung in unserem Kanton mit ca. 40'000 Straftaten konfrontiert. Es ist auch bekannt, dass die Staatsanwaltschaft und die Polizei seit Jahren einen massiven Personalunterbestand zu beklagen hat. Trotz mehreren vorgesehenen Polizeischulen kann der Unterbestand in den nächsten Jahren nicht aufgefangen werden. Um ein weiteres Ansteigen der Kriminalität zu verhindern müssen dringendst Sofortmassnahmen ergriffen werden.

Seit mehreren Jahren unterstützt die Polizei der Armee (Mil Sich) erfolgreich das Grenzwachtkorps in der ganzen Schweiz. Auch hier in der Region Basel hat das GWK ihre Hilfe in Anspruch genommen. Seit Ende 2012 ist der Vertrag zwischen dem GWK und der Mil Sich abgelaufen. Somit besteht die Möglichkeit, die Armee anzufragen, ob die Mil Sich, welche bereits von den Kantonen SG und GR eingesetzt wurden, auch in Basel zur Unterstützung aufgeboten werden kann. Denn die Mil Sich hat die für einen Polizeieinsatz in Basel nötige Ausbildung.

Die Territorialen Militärpolizisten wurden in einer 12 Monate dauernden Militärpolizeischule auf der Grundlage von zivilpolizeilichen Ausbildungsgrundlagen ausgebildet und geprüft. Somit haben sie die Voraussetzung erfüllt auch im Zivilen als Polizisten zu arbeiten.

Ich ersuche den Regierungsrat die unten aufgeführten Fragen zu beantworten.

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass die massiv steigende Kriminalität in Basel nur mit Sofortmassnahmen gebremst werden kann? Bei einem Nein ersuche ich den Regierungsrat dies zu begründen.
2. Ist der Regierungsrat bereit, abzuklären ob ein Einsatz der Militärpolizei in unserem Kanton möglich ist? Bei einem Nein ersuche ich den Regierungsrat dies zu begründen.

Eduard Rutschmann“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass die massiv steigende Kriminalität in Basel nur mit Sofortmassnahmen gebremst werden kann? Bei einem Nein ersuche ich den Regierungsrat dies zu begründen.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass im Kampf gegen die Kriminalität nur eine Kombination von Sofortmassnahmen und mittel- bis langfristigen Massnahmen zum Erfolg führen.

Als Sofortmassnahmen versteht der Regierungsrat Massnahmen, die innert kurzer Zeit ergriffen werden können. So beobachtet die Kantonspolizei Basel-Stadt gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft laufend die Kriminalitätsentwicklungen im und rund um den Kanton Basel-Stadt. In wöchentlichen Rapporten werden entsprechend den Analysen im Sinne von Sofortmassnahmen die operativen Schwerpunkte festgelegt. Auch auf der politischen Ebene können Sofortmassnahmen ergriffen werden. Jüngst hat der Regierungsrat dem Grossen Rat beantragt, das Budgetpostulat Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Dienststelle Nr. 520 JSD, Staatsanwaltschaft, Personalaufwand teilweise zu erfüllen, um im Sinne einer befristeten Sofortmassnahme sechs zusätzliche Kriminalpolizistinnen bzw. -polizisten einzustellen.

Mittel- bis langfristige Massnahmen sind nicht nur auf kurzfristige Erfolge ausgerichtet, sondern bezwecken vor allem die nachhaltige Eindämmung der Kriminalität. Als Beispiel für eine solche Massnahme kann die vom Regierungsrat im Frühjahr 2011 beschlossene stufenweise Aufstockung des Budgets der Kantonspolizei für die Jahre 2012 bis 2015 angeführt werden. So soll die Kantonspolizei in besagtem Zeitraum 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen können, um besonders so genannte Brennpunkte – örtlich, zeitlich und deliktisch – verstärkt polizeilich zu bewirtschaften und einzelne Aufgaben auszubauen. Der Grosse Rat hat mit der Genehmigung des Budgets 2012 der ersten Tranche von zwölf Stellen bereits zugestimmt. Im Mai 2013 startet das neue Ressort „Brennpunkte“ mit 14 Personen.

Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung werden täglich erzielt, sind für die Öffentlichkeit jedoch nicht immer wahrnehmbar. So werden die meisten Aktionen aus polizeitaktischen Gründen nicht medial kommuniziert. Auch Erfolgsmeldungen der Ermittlungsbehörden werden aus ermittlungstaktischen Gründen oft nur mit zeitlicher Verzögerung bekannt gemacht. Zudem zeigen sich die Wirkungen der vielfältigen polizeilichen Massnahmen teilweise nur über einen längeren Zeitraum.

Der Regierungsrat kann nicht voraussehen, wie sich die Kriminalitätszahlen entwickeln, da diese permanenten Schwankungen unterliegen und auch in Zusammenhang mit wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen stehen. Um künftig noch rascher auf die sich ständig wandelnde Kriminalitätslage reagieren, das heisst in der konkreten Situation schnellere und gezieltere Sofortmassnahmen auslösen zu können, hat die Kantonspolizei das Projekt Kapo-2016 initiiert. Vermehrt sollen Daten als Führungsinstrument aufbereitet und verwendet sowie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten bestmöglich genutzt werden. Gleichzeitig ist es das Ziel, den administrativen Aufwand in der täglichen Polizeiarbeit deutlich zu senken, was den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine grössere Präsenz auf der Strasse ermöglichen wird.

2. Ist der Regierungsrat bereit, abzuklären ob ein Einsatz der Militärpolizei in unserem Kanton möglich ist? Bei einem Nein ersuche ich den Regierungsrat dies zu begründen.

Nein. Die Kantone sind auf ihrem Hoheitsgebiet primär selbst für die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig.¹ Für ein Engagement des Bundes setzen sowohl Art. 52 Abs. 2 als auch Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung voraus, dass der Kanton auch mit Hilfe anderer Kantone nicht mehr in der Lage ist, mit eigenen Kräften die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.²

Im Kanton Basel-Stadt sorgt, wie in § 1 des Polizeigesetzes ausdrücklich normiert, die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung der Gesetze. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Kantonspolizei ihren Auftrag auch ohne Unterstützung des Bundes jederzeit erfüllt.

Die Militärische Sicherheit (Polizei der Armee, nachfolgend Mil Sich) stellt gemäss Art. 100 f. des Militärgesetzes die polizeiliche Grundversorgung der Armee sicher und ist ein Element der Ersten Stunde (Bereitschaftsaufgaben) für die Landesregierung und den Chef der Armee im Krisen- und Ereignisfall. Zwar ist die Mil Sich auch in der Lage, die zivilen Behörden auf deren Gesuch, mit einer hohen Anfangsleistung aus den Berufsformationen, im Rahmen von subsidiären Sicherungseinsätzen zu unterstützen.³ Zu denken ist dabei aber in erster Linie an die Bewältigung von Grossanlässen und den Schutz kritischer Infrastrukturen in Bereichen wie Verkehr, Energie oder Kommunikation.⁴

Zusammenfassend hält der Regierungsrat fest, dass er den Einsatz der Mil Sich im Kanton Basel-Stadt zwecks Unterstützung der Kantonspolizei bei der Bekämpfung der Alltagskriminalität als verfassungsrechtlich heikel und nicht notwendig ablehnt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

¹ Vgl. SCHWEIZER RAINER J., Art. 57 BV, in: Ehrenzeller/Mastronardi/Schweizer/Vallender (Hrsg.), SG-Kommentar, 2. Auflage, Zürich/Basel/Genf/St. Gallen 2008, S. 1060 f..

² MOHLER MARKUS, H.F., Grundzüge des Polizeirechts in der Schweiz, Basel 2012, N 1210.

³ Beispiele für subsidiäre Einsätze der Schweizerischen Armee sind die vom Interpellanten erwähnte Unterstützung des Grenzwachtkorps bei der Überwachung der Landesgrenze (Einsatz „LITHOS“, Ende 2012 beendet) oder die Unterstützung des Kantons Graubünden im Rahmen des World Economic Forums (WEF) mit Leistungen im Bereich des Objekt- und Personenschutzes, im Bereich der Wahrung der Lufthoheit und Sicherheit im Luftraum sowie im Bereich der Logistik.

⁴ Vgl. Bericht der KKJPD zur Rolle der Militärischen Sicherheit von Februar 2008.